



Matthias Hauer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Matthias Hauer MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pulse of Europe e.V.
Wolfsgangstr. 63
60322 Frankfurt am Main

Per E-Mail an:
info@pulseofeurope.eu
essen@pulseofeurope.eu

Essen, 27.06.2017

Matthias Hauer MdB

Abgeordneter für den
Essener Süden und Westen

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75169
Fax: +49 30 227-76169
matthias.hauer@bundestag.de

Büro Essen:

Blücherstr. 1
45141 Essen
Telefon: +49 201 54546100
Fax: +49 201 54546101
matthias.hauer@bundestag.de

Offener Brief vom 25. Mai 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr gerne nehme ich heute zu Ihrem Schreiben vom 25. Mai 2017 Stellung.

1. Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen will Ihre Partei diesen begegnen?

Die europäische Einheit

Eines der wichtigsten Themen ist die Idee der europäischen Einheit selbst.

Die Europäische Union ist mehr als ein lockerer Zusammenschluss von Staaten, die EU ist eine Friedens- und Wertegemeinschaft.

Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung sinkt, zugleich wird die Welt um uns herum zunehmend komplexer, und wir stehen vor neuen Herausforderungen. In vielen Fragen kann es keine nationale Lösung geben.

Gleichzeitig erleben wir, dass sich Menschen von der EU abwenden - die Abstimmung der Briten über den Verbleib in der EU ist ein Beispiel. Noch am Tag der Abstimmung selbst schien es unvorstellbar, dass ein Land die europäische Union verlässt. Aber auch das Erstarken antieuropäischer Parteien in einigen Mitgliedsstaaten zeigt, dass das europäische Projekt immer wieder neu belebt werden muss.

Viele Errungenschaften der Europäischen Union erscheinen heute selbstverständlich. Einfache Lösungen gibt es hier nicht. Wir müssen jedoch verstärkt in Erinnerung rufen, welche Vorteile die EU für die einzelne Bürgerin, für den einzelnen



Bürger hat. Ich unterstütze hier beispielsweise eine Ausweitung von Austausch- und Stipendienprogrammen auf weitere Berufsgruppen, gerade auch im handwerklichen Bereich.

Migration und Flüchtlinge

Aktuell kommt ein Großteil der Flüchtlinge aus Syrien, mit einigem Abstand folgen Afghanistan und Irak. Hierbei handelt es sich um vergleichsweise kleine Länder mit etwa 20, 30, bzw. 40 Millionen Einwohnern. Besondere Herausforderungen der Zukunft liegen jedoch vor allem in Afrika. Terrorgruppen wie Boko Haram und Al-Qaida, Bürgerkrieg, Armut, aber auch jetzt schon spürbare Folgen des Klimawandels lassen viele Menschen ihre Heimat verlassen. Auch wenn niemand vorhersagen kann, wie die Entwicklungen auf dem 1,2 Milliarden Einwohner starken und weiter wachsenden afrikanischen Kontinent sein werden, wir müssen heute die entscheidenden Schritte weiter voran bringen, um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können. Hier müssen die Länder der EU ihre Zusammenarbeit verbessern. Nicht nur bei der Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern, auch bei der Sicherung der Außengrenzen.

Sicherheit und Verteidigung

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor inneren und äußeren Bedrohungen ist zentrales Anliegen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Bekämpfung von Terrorismus. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden muss weiter ausgebaut werden. Hierzu zählt unter anderem ein besserer Austausch von Kenntnissen über inländische und ausländische Gefährder.

Eine Radikalisierung findet zunehmend auch über das Internet statt, Propaganda von Terrororganisationen muss gezielt aufgespürt und gelöscht werden.

Zur besseren Kontrolle der Ein- und Ausreise in den Schengen-Raum hat sich der Rat der Innenminister auf ein Informationssystem geeinigt, welches schnell umgesetzt werden soll.

Auch die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss weiter ausgebaut werden, insbesondere die "Ständige Strukturierte Zusammenarbeit" nach Artikel 42 des EU-Vertrages.



2. Am 25. März haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Greifen Sie bitte drei Aspekte der Erklärung heraus und erläutern Sie, wie Ihre Partei diese in praktische Politik umzusetzen vorschlägt. Alternativ bitten wir Sie, Aspekte herauszugreifen, die Ihre Partei nicht unterstützt. Bitte erläutern Sie in diesem Fall die Gründe dafür.

Ich bekenne mich klar zu Europa. Und zwar zu einem Europa, in dem die Menschen in Frieden, Wohlstand, Freiheit und Sicherheit leben. Die Erklärung von Rom ist sichtbarer Ausdruck dessen.

Bei der Beantwortung der ersten Frage habe ich schon konkrete Maßnahmen genannt, mit denen man den zentralen Herausforderungen begegnen kann. Gerne möchte ich noch einige Punkte ergänzen.

In der Erklärung von Rom heißt es, wir wollen „ein wohlhabendes und nachhaltiges Europa: eine Union, die Wachstum generiert und Arbeitsplätze schafft“. Gerade aus deutscher Sicht ist es von Interesse, dass die Nachbarländer auch wirtschaftlich stark sind. Wie es in der Präambel des Grundgesetzes festgeschrieben ist, wollen wir gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa sein.

Wirtschaftlich schwächere Länder müssen Strukturreformen auf den Weg bringen, dies ist gerade vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten von Bedeutung.

Europäische Solidarität untereinander ist wichtig. Die Verknüpfung von Reformen und europäischer Solidarität hat in Irland, Portugal und Spanien zum Erfolg geführt.

Die europäische Solidarität ist immer auch ein Balanceakt, es muss sorgsam abgewogen werden, um nicht durch eine Umverteilung Länder gegeneinander aufzubringen. Die von Martin Schulz geforderten sogenannten Euro-Bonds lehne ich in diesem Zusammenhang klar ab.



3. Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?

Das Prinzip der Subsidiarität muss eingehalten werden. Viele Angelegenheiten müssen vor Ort - in der Kommune, dem Bundesland oder dem Mitgliedsstaat - geregelt werden. Die EU ist dort gefragt, wo eine Regulierung auf lokaler Ebene nicht möglich oder ausreichend ist.

Die nationalen Regierungen, die in den Mitgliedsstaaten direkt demokratisch legitimiert sind, sind auch in der EU weiterhin stark. Auch die Rolle des Europäischen Parlaments wurde laufend gestärkt, seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ist es in fast alle politischen Entscheidungen auf der EU-Ebene eingebunden. Dieser Weg muss weitergegangen werden.

Die europäischen Verträge wurden kontinuierlich weiterentwickelt und modernisiert, deswegen stehe ich auch gut begründeten Änderungen offen gegenüber. Ich begrüße, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron angekündigt haben, einen gemeinsamen Plan zur Reform der EU zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Hauer MdB